

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Großen Anfrage des Abgeordneten Burgmann und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksachen 10/1382, 10/1774 —

Umweltfreundliche Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland
hier: Allgemeine Fragen

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die Technologie der Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstäbe in der Bundesrepublik Deutschland nicht weiter zu verfolgen und die hierfür im Haushalt 1985 vorgesehenen Mittel zu streichen;
2. sich gegen die beantragte Aufstockung der Plutoniumvorräte der Firma Alkem (Hanau) von derzeit 460 Kilogramm auf insgesamt 6,7 Tonnen auszusprechen;

ungeachtet der derzeit laufenden juristischen Auseinandersetzung hinzuarbeiten auf eine möglichst rasche Einstellung jeglicher Plutoniumverarbeitung in Hanau;

zu verzichten auf jede weitere staatliche Förderung der Firma Alkem in Hanau;
3. Stellung zu beziehen gegen den beantragten Ausbau der mit waffenfähigem Uran hantierenden Firma Nukem (Hanau);
4. die hierdurch eingesparten Gelder umzuleiten in die bisher erst in Ansätzen ausgeschöpfte rationelle Energieverwendung und in die Nutzung unerschöpflicher Energieträger einschließlich der direkten Nutzung der Sonnenenergie.

Bonn, den 25. Oktober 1984

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

1. Die Entwicklung der Plutoniumtechnologie für friedliche Zwecke legitimiert sich einzig und allein durch die Erwartung einer absehbaren Uranverknappung und -preiserhöhung.

Tatsächlich aber hinterläßt der weltweite Niedergang der Atomtechnik eine Uranschwemme. Allein in den Jahren 1981 bis 1984 sank der Uranpreis von 60 \$ pro Kilogramm auf 40 \$/kg.

Bei überoptimistischer Atomstromkalkulation hatte die OECD für das Jahr 2000 einen Uranerzbedarf in Höhe von 1,1 bis 1,4 Mio. Tonnen berechnet. Dem steht nach OECD-Angaben jedoch eine Uranerzreserve von 13 Mio. Tonnen in der preisgünstigsten Abbauklasse gegenüber.

Gemessen an der derzeitigen Uranerzförderrate (40 000 t/a) würden diese billigen Uranreserven weit über 300 Jahre lang reichen und somit für mindestens diese Zeitspanne das Plutonium als Brennstoff unter die Wirtschaftlichkeitsgrenze drücken. Der Bau Schneller Brüter ist deshalb auf lange Sicht astronomisch teuer, ökonomisch unsinnig und energiewirtschaftlich überflüssig. Der Bau von Brüterbrennelementen durch die Firma Alkem in Hanau kann und muß somit entfallen (vgl. Klaus Traube, Plutoniumwirtschaft? Das Finanzdebakel von Brutreaktor und Wiederaufarbeitung, Reinbeck 1984, S. 30 bis 34).

2. Neben der Produktion von Brüterbrennelementen dient die Firma Alkem in Hanau allein dem Zweck, Natururan mit dem bei der Wiederaufarbeitung gewonnenen Plutonium und dem dort gewonnenen Resturan zu sogenannten Mischoxyd-Brennelementen (MOX) zu verarbeiten. Das Resturan ist im Gegensatz zum Natururan so radioaktiv, daß es nicht ohne Strahlenabschirmung verarbeitet werden kann. Zusätzlich verkompliziert die enorme Giftigkeit des Plutoniums die Brennelementefabrikation drastisch. Deshalb ist – ohne Berechnung der durch die teure Wiederaufarbeitung gewonnenen Brennstoffe – schon die Herstellung eines MOX-Brennelements um einen Faktor 10 teurer als die Herstellung eines normalen Brennelements aus angereichertem unbestrahltem Uran (vgl. K. Traube, a.a.O., S. 60 bis 67).

Somit ist auch dieser Produktionszweig der Firma Alkem und damit dieser Hanauer Firma insgesamt unter markt- und energiepolitischen Gesichtspunkten überflüssig und ihre Stillegung allein schon aus Umweltgesichtspunkten absolut erforderlich.

3. Wiederaufarbeitungsanlagen gefährden die Umwelt und sind ohne größere Pannen und Unfälle technisch nicht zu beherrschen. Die Schätzungen für die Baukosten der WAA wuchsen von 1,5 bis 2 Mrd. DM im Jahre 1975 auf neuerdings etwa 10 Mrd. DM an – trotz Verkleinerung der Anlage auf ein Viertel der ursprünglich geplanten Größe. Für die Atommüll-„Entsorgung“ leistet die WAA schon allein deshalb keinen Beitrag, weil sie das Volumen des anfallenden Atommülls um mehr als das 30fache vergrößert. Völlig sinnlos wird der Bau einer Wie-

deraufarbeitungsanlage für die friedliche Atomenergienutzung ohne die Perspektive des Übergangs von Leichtwasserreaktoren zu Schnellen Brütern (s. o.).

4. Die Hanauer Nuklearfirma Nukem – sie gehört nicht unmittelbar in den Bereich der Plutoniumwirtschaft – hat den Antrag auf Erhöhung ihrer Lagerkapazität von derzeit 1800 kg auf 6000 kg bis zu 93 % angereicherten Urans beantragt. Der bisherige Jahresdurchsatz von 1000 t soll aber nicht erhöht werden. Als Brennelementeproduzent für Forschungs- und Testreaktoren sowie für den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Schmehausen ist der Betrieb der Firma Nukem grundsätzlich überflüssig, ökologisch unverträglich und somit abzulehnen. Ein Ausbau der Firma Nukem ist aber nicht nur wegen der Waffengrädigkeit des beantragten Materials absolut intolerant. Hinzu kommt,
 - daß dieser Ausbau für die kurz- und langfristige Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland völlig überflüssig ist,
 - daß bis heute niemals Produktionsengpässe aufgetreten sind, so daß das Motiv für die Aufstockung der Uranvorräte im Zwielficht bleibt,
 - daß auch für die Zukunft keine Nachfrageentwicklung auf dem Reaktormarkt erkennbar ist, die den Ausbau von Nukem auch nur plausibel zu machen vermag.
5. Falls den Ausbauplänen der Unternehmen Nukem und Alkem zugestimmt wird, würden allein in Hanau in Zukunft hochangereichertes Uran 235 und Plutonium 239 in Mengen gelagert und verarbeitet werden, die für etwa eintausend Atomsprenghköpfe ausreichen. Nur als Aufrüstungsmaßnahme – im Zusammenhang mit einem zukünftigen Krieg – ergibt die geplante Aufstockung atombombenfähiger Materialien in Hanau einen Sinn.

Immerhin wurde bereits in der bundeswehnnahen Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ im Januar 1984 der Hinweis auf „ein eigenes atomares (industrielles) Potential“ verbunden mit der Forderung, man müsse der Bundesrepublik Deutschland „einen eigenen Finger am atomaren Abzug geben. Wohl-gemerkt einen eigenen Finger... Einfach ausgedrückt, cruise missile oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand“.

In den letzten Jahren hat nicht nur die Gefahr eines erneuten Weltkrieges zugenommen. Zugenommen hat auch die Erkenntnis, daß die Grenze zwischen der militärischen und zivilen Nutzung der Atomtechnik fließend ist und immer fließend bleiben wird.

Dies gilt insbesondere für die Wiederaufarbeitung und die Plutoniumtechnologien. Denn nur durch die Wiederaufarbeitung wird Plutonium in handhabbarer, damit waffenfähiger Form freigesetzt. Klaus Traube, 1984: „Die zivile Atomenergienutzung ist im Prinzip ein militärisches Potential, dessen Abrufung jederzeit politisch blockiert oder forciert werden kann.“

